



Kommunalwahlprogramm

AfD Salzgitter

2026–2031

***Für eine sichere, freie
und lebenswerte Stadt***

Präambel

Salzgitter steht vor großen Herausforderungen. Viele Bürger sorgen sich um die Sicherheit in ihren Stadtteilen, um die Qualität der Schulen, um bezahlbaren Wohnraum, um eine verlässliche Gesundheitsversorgung, um funktionierende Verwaltungen und um die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt.

Wir wollen eine Politik, die Probleme nicht beschönigt, sondern offen benennt und löst. Eine Politik, die den Bürger in den Mittelpunkt stellt, nicht Ideologien, nicht Parteitaktik und nicht Vorgaben von oben. Ordnung, Freiheit, soziale Verantwortung und eine starke kommunale Selbstverwaltung sind die Leitlinien unseres Handelns.

Die Kommune hat für die Bürger da zu sein, nicht zu erziehen. Entscheidungen müssen transparent, rechtsstaatlich und nachvollziehbar sein. Was vor Ort entschieden werden kann, soll auch vor Ort entschieden werden. Verantwortung und Finanzierung müssen zusammengehören, damit Salzgitter handlungsfähig bleibt und seine Aufgaben erfüllen kann.

Dieses Kommunalwahlprogramm zeigt, wie Salzgitter sicherer, lebenswerter und zukunftsfähig werden soll, mit klarem Blick auf die Realität, mit gesundem Menschenverstand und mit dem festen Willen, unsere Heimat zu bewahren und zu stärken.

I. Grundsätze – Politik für die Bürger, nicht für Ideologien

Die Politik in Salzgitter muß sich wieder am Wohl der eigenen Bürger orientieren. Verwaltung und Rat haben die Aufgabe, Probleme zu lösen, nicht sie zu verwalten oder schönzureden. Entscheidungen müssen verständlich, transparent und rechtmäßig sein.

Der Staat und die Kommune haben in erster Linie für Sicherheit, Ordnung und funktionierende Strukturen zu sorgen. Öffentliche Einrichtungen sind politisch neutral zu führen. Schulen, Kultureinrichtungen und Verwaltungen dürfen keine Orte der weltanschaulichen Beeinflussung sein, sondern müssen allen Bürgern gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet, dass Salzgitter eigene Entscheidungen treffen kann und nicht nur Vorgaben aus Hannover, Berlin oder Brüssel umsetzt. Neue Aufgaben dürfen der Stadt nur übertragen werden, wenn sie vollständig finanziert sind. Dauerhafte Unterfinanzierung und das Abwälzen von Lasten auf die Kommunen lehnen wir ab.

Bürgerbeteiligung muß ernst gemeint sein. Wichtige Projekte und Planungen sind frühzeitig offen zu legen und mit den Menschen vor Ort zu diskutieren. Bürgerentscheide und Anhörungen dürfen kein Alibi sein, sondern müssen echte Mitwirkung ermöglichen.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der Vernunft vor Ideologie steht, Recht vor Willkür und Verantwortung vor Parteitaktik. Salzgitter soll eine Stadt sein, in der man sich auf den Staat verlassen kann und in der Politik wieder Vertrauen verdient.

II. Verwaltung und Bürgernähe – Dienstleister statt Selbstzweck

Eine leistungsfähige, bürgerfreundliche Verwaltung ist das Rückgrat einer funktionierenden Stadt. Bürger dürfen nicht das Gefühl haben, Bittsteller zu sein, sondern müssen als Auftraggeber ernst genommen werden.

Lange Bearbeitungszeiten, unklare Zuständigkeiten und schwer verständliche Bescheide untergraben das Vertrauen in den Staat. Wir setzen uns für verbindliche Bearbeitungsfristen, klare Ansprechpartner und verständliche Sprache in allen Verwaltungsentscheidungen ein.

Digitale Angebote sollen Wege verkürzen, nicht neue Hürden schaffen. Online Terminvergabe, digitale Anträge und transparente Verfahrensstände müssen Standard werden, ohne den persönlichen Kontakt zu ersetzen. Gerade ältere Menschen dürfen nicht abgehängt werden.

Im Rathaus gilt das Leistungsprinzip. Zuständigkeiten müssen klar geregelt, Entscheidungen zügig getroffen und Fehler offen korrigiert werden. Verwaltung darf kein Schutzraum für Verantwortungslosigkeit sein.

Ziel ist eine Stadtverwaltung, die erreichbar, zuverlässig und lösungsorientiert arbeitet, die den Bürger respektiert und als Partner versteht und die ihre Aufgaben effizient, rechtssicher und ohne ideologische Schlagseite erfüllt.

III. Sicherheit und Ordnung – Schutz für Bürger und öffentlichen Raum

Sicherheit ist die Grundlage von Freiheit und Lebensqualität. Wer sich in seiner Stadt nicht sicher fühlt, meidet öffentliche Orte, verliert Vertrauen in den Staat und zieht sich zurück. Das darf in Salzburg nicht zur Normalität werden.

Kriminalität, Vandalismus, Drogenhandel, aggressive Gruppenbildungen und zunehmende Respektlosigkeit gegenüber Polizei, Rettungskräften und Ordnungspersonal sind Probleme, die offen benannt und konsequent angegangen werden müssen. Wegsehen und Beschönigen helfen niemandem.

Wir setzen uns ein für:

- Eine sichtbare und regelmäßige Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes in allen Stadtteilen, insbesondere an bekannten Brennpunkten.
- Eine enge und verlässliche Zusammenarbeit mit der Polizei sowie den konsequenten Einsatz rechtlich zulässiger Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten.
- Klare Regeln und spürbare Sanktionen bei Gewalt, Sachbeschädigung, Drogenhandel und Wiederholungstaten.
- Den besonderen Schutz von Schulen, Spielplätzen, Haltestellen und öffentlichen Einrichtungen.

Konsequentes Vorgehen gegen ausländische kriminelle Mehrfachtäter:

Die Stadt Salzburg wird alle ausländerrechtlichen und ordnungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um ausländische Mehrfachtäter konsequent aus dem Stadtgebiet zu entfernen. Straftaten werden systematisch gebündelt, Ausweisungs- und Abschiebeverfahren

beschleunigt und in enger Abstimmung mit Landes- und Bundesbehörden priorisiert. Duldungen und Aufenthaltstitel bei schweren oder wiederholten Straftaten sind zu widerrufen. Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam sind bei Fluchtgefahr zu beantragen, Rückführungen mit Nachdruck durchzusetzen. Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit haben Vorrang vor falsch verstandener Nachsicht.

Regeln gelten für alle. Wer sie mißachtet, muß mit klaren und durchgesetzten Konsequenzen rechnen. Nur so bleiben öffentliche Räume sicher, das Zusammenleben geordnet und das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat erhalten.

IV. Migration und Integration – Ordnung durchsetzen, Integration ermöglichen

Die Zuwanderung der vergangenen Jahre stellt auch Salzgitter vor große Herausforderungen. Schulen, Kitas, Wohnungsmarkt, Sozialsysteme und Sicherheitsbehörden stoßen vielerorts an Belastungsgrenzen. Gleichzeitig ist gelingende Integration eine Voraussetzung für sozialen Frieden und Zusammenhalt.

Zuwanderung muß begrenzt, gesteuert und rechtlich konsequent geregelt werden. Wer dauerhaft in Salzgitter leben will, muß die deutsche Sprache erlernen, die geltenden Gesetze achten und bereit sein, sich in die hiesige Gesellschaft einzugliedern. Integration ist keine Einbahnstraße, sie verlangt Anstrengung und Mitwirkung.

Wir setzen uns ein für:

- Die konsequente Anwendung des geltenden Aufenthaltsrechts und die Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten in enger Zusammenarbeit mit Land und Bund.
- Sachleistungen statt Bargeld nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, um Fehlanreize zu reduzieren und Mißbrauch vorzubeugen.
- Eine gerechte Verteilung und vollständige Kostenerstattung durch Land und Bund für alle migrationsbedingten Aufgaben der Kommune.
- Klare Anforderungen an Sprachkenntnisse und Teilnahme an Integrationsangeboten als Voraussetzung für dauerhafte Teilhabe.
- Den Schutz von Wohnquartieren, Schulen und öffentlichen Einrichtungen vor Überlastung und die Vermeidung von Parallelstrukturen.

Humanität und Ordnung gehören zusammen. Hilfe für Schutzbedürftige setzt die Einhaltung von Recht und Gesetz voraus. Nur wenn Regeln gelten und durchgesetzt werden, kann Integration gelingen und der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt dauerhaft gesichert werden.

V. Bildung – weil unsere Kinder Besseres verdienen

Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft unserer Stadt. Schulen müssen Orte des Lernens, der Leistung und des Respekts sein. Überforderung, Sprachprobleme und Disziplinlosigkeit dürfen nicht länger beschönigt werden.

Sprache ist der Schlüssel zu allem. Jedes Kind muß dem Unterricht folgen können. Deshalb sind verbindliche Sprachstandsfeststellungen vor der Einschulung notwendig.

Wo Defizite bestehen, müssen verpflichtende Fördermaßnahmen greifen, bevor der reguläre Schulunterricht beginnt.

Nicht jedes Kind lernt gleich und nicht jedes Kind ist im gleichen Schulsystem gut aufgehoben. Förderschulen sind unverzichtbar und müssen erhalten und gestärkt werden. Sie sind keine Ausgrenzung, sondern eine notwendige Form gezielter und erfolgreicher Förderung.

Schulen brauchen klare Regeln und deren konsequente Durchsetzung. Lehrer müssen unterrichten können, ohne permanent durch Störungen, Gewalt oder Respektlosigkeit belastet zu sein. Ordnung, Leistungsbereitschaft und gegenseitiger Respekt sind Voraussetzungen für erfolgreichen Unterricht.

Digitale Ausstattung soll den Unterricht unterstützen, aber den Lehrer nicht ersetzen. Technik ist Hilfsmittel, kein Selbstzweck. Pädagogische Freiheit und Verantwortung vor Ort sind zu stärken.

Entscheidend ist der Lernerfolg, nicht nur die Anwesenheit. Bildung darf sich nicht im bloßen Absitzen von Schulstunden erschöpfen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Niedersachsen Modellprojekte zur Bildungspflicht statt eines starren Schulzwangs ermöglicht und unter staatlicher Aufsicht auch alternative Lernformen zulässt. Die Stadt Salzgitter soll sich dafür einsetzen und kommunale Lern-, Förder- und Prüfungsangebote als Ergänzung zur Schule unterstützen.

Ziel ist mehr Qualität, mehr Ordnung und mehr Wahlfreiheit für Familien, damit jedes Kind die bestmögliche Förderung erhält.

VI. Kultur & Wissenschaft – Heimat statt Umerziehung

Kultur stiftet Identität und Zusammenhalt. Vereine, Chöre, Theater, Museen, Traditionsfeste und das Ehrenamt prägen Salzgitter und verdienen verlässliche Unterstützung. Sie halten unsere Stadt lebendig und verbinden Generationen.

Öffentliche Kulturförderung muß der Vielfalt dienen und darf nicht zur politischen oder ideologischen Beeinflussung mißbraucht werden. Kulturelle Einrichtungen sind Orte der Begegnung und des Austauschs, nicht der Belehrung. Weltanschauliche Neutralität ist zu wahren.

Erinnerungskultur soll würdig, sachlich und respektvoll gestaltet werden, ohne Instrumentalisierung und ohne Schuldzuweisungen an heutige Generationen. Geschichte muß erklärt und eingeordnet werden, nicht für aktuelle politische Zwecke verzerrt.

Wissenschaft und Bildungseinrichtungen müssen Orte freier Meinungsbildung sein. Forschung und Lehre brauchen Freiheit von politischem Druck. Offener Diskurs, Leistungsprinzip und intellektuelle Redlichkeit sind die Grundlage wissenschaftlicher Arbeit.

Heimat ist kein rückwärtsgewandter Begriff. Sie schafft Orientierung, Verantwortung und Zusammenhalt. Eine starke lokale Kultur stärkt das Gemeinwesen und fördert den Respekt vor der eigenen Geschichte und den gewachsenen Traditionen unserer Stadt.

VII. Soziales – gerecht helfen, Verantwortung stärken

Sozialpolitik muß denen helfen, die Unterstützung wirklich brauchen. Sie darf aber keine dauerhafte Abhängigkeit schaffen und keine Parallelstrukturen finanzieren, die am eigentlichen Zweck vorbeigehen.

Steigende Mieten, Energiepreise und Lebenshaltungskosten belasten viele Familien, Alleinerziehende, Senioren und Menschen mit geringem Einkommen. Hilfe muß zielgerichtet, transparent und wirksam sein. Der Einsatz öffentlicher Mittel hat sich am tatsächlichen Nutzen für die Bürger zu orientieren.

Wir setzen uns ein für:

- Eine konsequente Ausrichtung der kommunalen Sozialausgaben auf rechtmäßige, transparente und wirksame Hilfeleistungen.
- Die vollständige Überprüfung aller städtischen Zuwendungen an politische, asyl- und migrationsbezogene sowie sonstige ideologisch geprägte Nichtregierungsorganisationen (NGO). Mittel sind dort zu streichen oder zu kürzen, wo kein nachweisbarer, unmittelbarer und satzungsgemäßer Bezug zu kommunalen Pflichtaufgaben oder ein konkret meßbarer sozialer Nutzen besteht.
- Die Beendigung der Finanzierung von Strukturen, die überwiegend politisch, lobbyistisch oder verwaltungsparallel tätig sind, ohne den Bürgern vor Ort konkret zu helfen.
- Vorrang für direkte Unterstützung von Familien, Kindern, Senioren, Behinderten und Pflegebedürftigen statt für kostspielige Verwaltungs- und Projektstrukturen.
- Stärkung des Ehrenamts durch Bürokratieabbau und verlässliche Rahmenbedingungen.

Hilfe muß befähigen und unterstützen, nicht entmündigen oder Abhängigkeiten verfestigen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, Verantwortung und Solidarität in Einklang zu bringen und die begrenzten Mittel der Stadt dort einzusetzen, wo sie den Menschen in Salzgitter tatsächlich Zugutekommen.

VIII. Gesundheit & Sport – Vorsorge, Versorgung und Zusammenhalt

Eine gute medizinische Versorgung und ein starkes Vereinsleben sind zentrale Säulen der Lebensqualität in Salzgitter. Gesundheit ist keine Frage des Wohnortes oder des Einkommens, sondern Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Die haus- und fachärztliche Versorgung in allen Stadtteilen muss gesichert werden. Ansiedlungen neuer Ärzte, Praxisübernahmen und die Nachwuchsgewinnung sind aktiv zu unterstützen, damit keine medizinischen Versorgungslücken entstehen.

Krankenhäuser und Notfallversorgung müssen leistungsfähig und wohnortnah bleiben. Zentralisierung zu Lasten Salzgitters lehnen wir ab. Kurze Wege, ausreichende Rettungswagenstandorte und gut ausgestattete Notaufnahmen sind unverzichtbar.

Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen Unterstützung. Der Ausbau von Kurzzeitpflege, Tagespflege und wohnortnahen Angeboten sowie die Entlastung pflegender Familien haben Priorität.

Die wohnortnahe Apothekenversorgung ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Apotheken sichern Notdienste, Beratung und die schnelle Arzneimittelversorgung, insbesondere für ältere und chronisch kranke Menschen. Die Stadt wird sich für den Erhalt bestehender Standorte einsetzen.

Psychische Gesundheit verdient besondere Aufmerksamkeit. Niedrigschwellige Beratungsangebote, Suchtprävention und Suizidprävention, insbesondere für Kinder, Jugendliche, sind auszubauen.

Sportvereine leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Gesundheit, Integration und Gemeinschaft. Turnhallen, Sportplätze und Schwimmbäder sind zu erhalten und zu sanieren. Schwimmunterricht für Kinder hat Vorrang. Barrierefreie Sportangebote und Reha-Sport sind zu fördern.

Katastrophenschutz und Gesundheitsvorsorge erfordern belastbare Notfallpläne für Stromausfälle, Versorgungsengpässe und andere Krisen. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und kritische Infrastrukturen müssen darauf vorbereitet sein.

IX. Verkehr und Stadtentwicklung – Infrastruktur erhalten, Lebensqualität sichern

Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und eine ausgewogene Stadtentwicklung sind Voraussetzung für Lebensqualität, wirtschaftliche Stärke und soziale Teilhabe in Salzgitter.

Erhalt vor Neubau: Straßen, Brücken und Unterführungen müssen systematisch instand gesetzt und saniert werden. Sicherheit und Substanzerhalt haben Vorrang vor ideologischen Prestigeprojekten.

Parkraum und Erreichbarkeit: In Innenstädten und Stadtteilzentren sind ausreichende, gut erreichbare und bezahlbare Parkmöglichkeiten für Anwohner, Kunden, Pendler und Handwerk zu sichern. Ein ideologisch motivierter Rückbau von Stellflächen wird abgelehnt.

Öffentlicher Personennahverkehr: Der ÖPNV muß verlässlich, sicher und sauber sein. Taktung und Anbindung der Ortsteile sind zu verbessern. Ziel ist eine attraktive Alternative, nicht die Zwangsverdrängung des Autos.

Verkehrssicherheit und Ordnung: Gute Beleuchtung, sichere Schulwege, übersichtliche Verkehrsführung und gezielte Geschwindigkeitskontrollen an Gefahrenstellen erhöhen die Sicherheit. Maßnahmen müssen sich an tatsächlichen Risiken orientieren, nicht an Symbolpolitik.

Stadtentwicklung und Wohnen: Neue Baugebiete und Nachverdichtung sind mit Maß zu planen. Gewachsene Quartiere, Grünflächen und Wohnqualität sind zu schützen. Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Ärzte, Verkehr und Parkraum muß mit dem Wohnungsbau Schritt halten.

Leerstand und Problemimmobilien: Verwahrlosung, Schrottimmobilien und Angsträume sind konsequent anzugehen. Eigentümer sind in die Pflicht zu nehmen, um Quartiere zu stabilisieren und die Lebensqualität zu sichern.

Gewerbe, Industrie und Logistik: Für Arbeitsplätze braucht es planungsrechtliche Verlässlichkeit und gut angebundene Flächen. Verdrängung durch ideologisch motivierte Flächenpolitik lehnen wir ab.

Barrierefreiheit: Gehwege, Haltestellen, öffentliche Gebäude und sichere Querungen sind barrierefrei auszubauen, damit Mobilität für alle Generationen gewährleistet ist.

X. Wohnen – bezahlbar, geordnet und für die Bürger dieser Stadt

Bezahlbarer und qualitativ guter Wohnraum ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. In Salzgitter müssen Familien, Senioren, Alleinerziehende und Normalverdiener die Chance haben, angemessen und sicher zu wohnen, ohne durch steigende Mieten und Nebenkosten überfordert zu werden.

Bauen muß wieder bezahlbar werden. Dazu gehören zügige und verlässliche Genehmigungsverfahren, der Abbau überzogener Auflagen und eine Senkung kommunaler Gebühren, damit Bauherren und Investoren Planungssicherheit haben und neue Wohnungen entstehen können.

Sozialer Wohnungsbau braucht Ordnung und Kontrolle. Zweckbindung und regelmäßige Belegungsprüfungen sind notwendig, um Fehlbelegungen zu vermeiden und sicherzustellen, dass geförderter Wohnraum tatsächlich den Bedürftigen zugute kommt. Ganze Quartiere dürfen nicht verwahrlosen.

Problemimmobilien, Überbelegung, illegale Nutzung und kriminelle Strukturen in Wohnhäusern sind konsequent mit ordnungsrechtlichen Mitteln zu bekämpfen. Eigentümer sind in die Pflicht zu nehmen, ihre Gebäude in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten.

Nachverdichtung muß mit Maß erfolgen. Gewachsene Wohnviertel, Grünflächen und die Lebensqualität der Anwohner sind zu schützen. Neubaugebiete sollen insbesondere Familien, Handwerkern und Normalverdienern Zugutekommen und nicht allein renditegetriebenen Großprojekten.

Mieterschutz und Eigentumssicherung gehören zusammen. Spekulativer Leerstand ist zu unterbinden, zugleich sind private Eigentümer vor übermäßiger Regulierung zu schützen. Wohneigentum ist ein wichtiger Bestandteil der Altersvorsorge.

Wohnumfeld und Sicherheit sind Teil der Wohnqualität. Sauberkeit, Beleuchtung, funktionsfähige Spielplätze, ausreichender Parkraum und eine verlässliche Quartierspflege sind sicherzustellen.

Barrierefreies und altersgerechtes Wohnen gewinnt an Bedeutung. Umbauprogramme, kurze Wege und eine wohnortnahe Versorgung sollen es ermöglichen, möglichst lange selbständig in der eigenen Wohnung zu leben.

Kommunale Abgaben und Belastungen dürfen das Wohnen nicht weiter verteuern. Wir setzen uns für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und für eine spürbare Entlastung bei der Grundsteuer ein, mit dem Ziel, diese Substanzsteuer perspektivisch vollständig abzuschaffen. Wohnen darf nicht zur dauerhaften Einnahmequelle der Kommune werden.

XI. Wirtschaft & Energie – Arbeitsplätze sichern, Versorgung bezahlbar halten

Salzgitter ist ein Industriestandort. Arbeitsplätze, Handwerk, Mittelstand und Industrie sind das Rückgrat unserer Stadt. Kommunalpolitik muß verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, statt Unternehmen mit Bürokratie, steigenden Abgaben und ideologisch motivierten Vorgaben zu belasten.

Gewerbeflächen und Ansiedlungspolitik:

Die Stadt muß ausreichend erschlossene Gewerbe- und Industrieflächen bereitstellen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Planungssicherheit ist Voraussetzung für Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Bestandspflege der Unternehmen:

Standorttreue Betriebe sollen gehalten werden. Regelmäßiger Dialog, kurze Wege in der Verwaltung und Unterstützung bei Erweiterungen sichern Arbeitsplätze vor Ort.

Fachkräftesicherung und Ausbildung:

Die duale Ausbildung ist zu stärken. Kooperationen zwischen Schulen, Berufsbildenden Schulen, Betrieben und Hochschulen sollen ausgebaut werden, um Nachwuchs zu gewinnen und in der Region zu halten.

Innenstadt und Einzelhandel:

Erreichbarkeit, Parkraum, Sicherheit und Sauberkeit sind entscheidend für eine lebendige Innenstadt. Leerstand ist aktiv zu bekämpfen, damit Handel und Gastronomie wieder Perspektiven haben.

Kommunale Abgaben und Gebühren:

Wettbewerbsfähige kommunale Abgaben und wirtschaftsverträgliche Gebühren sind ein Standortfaktor. Die Stadt soll alle Spielräume zur Senkung von Hebesätzen und Gebühren nutzen und sich zugleich für die Abschaffung der Grundsteuer und anderer wohn- und betriebsbelastender Abgaben einsetzen. Abgaben dürfen nicht zur dauerhaften Belastungsquelle für Bürger und Unternehmen werden.

Energiepreise und Versorgungssicherheit:

Bezahlbare und stabile Energiepreise sind Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Frieden. Versorgungssicherheit und Netzstabilität haben Vorrang vor ideologischen Symbolprojekten.

Kommunale Wärmeplanung und Gasnetze:

Die von der WEVG angestrebte Stilllegung bestehender Gasnetze lehnen wir entschieden ab. Eine zwangsweise Abkehr von bewährter Gasversorgung gefährdet Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und den Schutz von Eigentum. Sie trifft insbesondere Mieter, Eigenheimbesitzer und den Mittelstand und würde erhebliche Folgekosten verursachen.

Die kommunale Wärmeplanung muß realistisch, wirtschaftlich tragfähig und technologieoffen erfolgen. Haushalte und Unternehmen brauchen langfristige Planungssicherheit und bezahlbare Lösungen statt politisch erzwungener Wärmewende und ideologisch motivierter Netzstilllegungen. Bestehende Infrastrukturen sind zu erhalten und weiter zu nutzen, solange sie sicher und wirtschaftlich betrieben werden können.

Zukunftsfähige Energiepolitik umfaßt nicht nur die Erzeugung von Energie, sondern auch den verantwortungsvollen Umgang mit vorhandenen nuklearen Reststoffen.

Schacht Konrad – Bürger schützen, Risiken neu bewerten, Alternativen prüfen:

Der geplante Ausbau des Endlagers Schacht Konrad belastet Salzgitter seit Jahrzehnten. Viele Bürger haben berechtigte Sorgen um Sicherheit, Umwelt, Gesundheit und die langfristige Entwicklung unserer Region. Diese Sorgen dürfen nicht länger ignoriert oder übergangen werden.

Wir lehnen es ab, dass Salzgitter dauerhaft zum Standort für Risiken wird, während grundlegende Entscheidungen überwiegend auf Bundesebene getroffen werden. Die Interessen und die Sicherheit der Bevölkerung müssen oberste Priorität haben.

Zugleich hat sich die Kerntechnik weltweit erheblich weiterentwickelt. Moderne Technologien eröffnen die Möglichkeit, radioaktive Reststoffe künftig weiterzuverarbeiten, ihre Gefährlichkeit deutlich zu reduzieren und teilweise energetisch zu nutzen. Dadurch entstehen neue Perspektiven, die bei den ursprünglichen Planungen zu Schacht Konrad nicht berücksichtigt wurden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bund und Land die Sicherheitslage, die langfristige Notwendigkeit des Endlagers sowie mögliche technologische Alternativen vollständig und transparent neu bewerten. Entscheidungen dieser Tragweite dürfen nicht auf überholten technischen Annahmen beruhen.

Salzgitter darf nicht dauerhaft zur Endlagerregion werden, wenn wissenschaftlicher Fortschritt sichere und verantwortungsvollere Lösungen ermöglicht.

Für uns gilt: Schutz der Bürger, Sicherheit und verantwortungsvolle Zukunftspolitik haben Vorrang vor politischen Prestigeprojekten.

Krisenvorsorge für Wirtschaft und Energie:

Notfallpläne für Stromausfälle, Gasengpässe und den Schutz kritischer Infrastrukturen sind zu entwickeln und regelmäßig zu überprüfen, damit Betriebe und Versorgung auch in Krisen funktionsfähig bleiben.

XII. Corona Aufarbeitung – Verantwortung klären, Vertrauen wiederherstellen

Die Maßnahmen der Corona Zeit haben in Salzburg tiefe Spuren hinterlassen. Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Vereine, Wirtschaft und Verwaltung waren gleichermaßen betroffen. Viele Entscheidungen griffen massiv in Grundrechte, in den Alltag der Menschen und in den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein. Eine vollständige, sachliche und transparente Aufarbeitung ist deshalb notwendig.

Kommunale Entscheidungswege müssen offengelegt werden. Es ist zu klären, wer welche Maßnahmen auf welcher Rechtsgrundlage angeordnet hat, welche Daten, Prognosen und Gutachten zugrunde lagen, welche Warnungen oder abweichenden Einschätzungen es gab und welche Alternativen geprüft oder verworfen wurden.

Die Rolle der Gesundheitsämter und Krisenstäbe ist aufzuarbeiten. Arbeitsweise, Weisungsabhängigkeiten, personelle Ausstattung, Datenbasis und Entscheidungsstrukturen müssen nachvollziehbar dokumentiert werden, ebenso Fehleinschätzungen und deren Folgen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt den Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche. Maskenpflicht, Testzwang, Zugangsbeschränkungen, Ausgrenzung und Schulschließungen haben Lernrückstände, psychische Belastungen und soziale Schäden verursacht. Diese Folgen müssen benannt und bei zukünftigen Krisenkonzepten berücksichtigt werden.

Pflegeheime und Krankenhäuser sind gesondert zu betrachten. Besuchsverbote, Isolation, eingeschränkte Sterbebegleitung und Personalmangel haben großes Leid verursacht. Die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen und der Schutz der Menschenwürde müssen kritisch überprüft werden.

Auch das Vorgehen der Ordnungsbehörden ist aufzuarbeiten. Platzverweise, Bußgelder, Betriebsschließungen und der Umgang mit Versammlungen und Demonstrationen sind rechtlich und in ihrer Verhältnismäßigkeit zu bewerten.

Der Umgang mit Kritik und Meinungsfreiheit gehört ebenfalls zur Aufarbeitung. Bürger, Ärzte, Eltern und Unternehmer, die Maßnahmen hinterfragt haben, dürfen nicht stigmatisiert oder ausgegrenzt werden. Offener Diskurs ist Voraussetzung für Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat.

Alle relevanten Akten, Weisungen, Protokolle und internen Bewertungen sind zu sichern und zugänglich zu machen, damit eine vollständige Rekonstruktion möglich ist.

Aus der Aufarbeitung müssen Lehren für den Katastrophenschutz gezogen werden. Klare Zuständigkeiten, transparente Entscheidungswege und Schutzkonzepte ohne pauschale Freiheitsbeschränkungen sind notwendig.

Unrechtmäßige oder unverhältnismäßige Sanktionen sind zu überprüfen. Betroffene sollen rehabilitiert werden. Ziel ist nicht Schuldzuweisung, sondern Verantwortung, Transparenz und die Wiederherstellung von Vertrauen.

Diese Aufarbeitung dient vor allem einem Zweck:
Damit sich solche flächendeckenden, unverhältnismäßigen Eingriffe in Grundrechte und in das Leben der Menschen in unserer Stadt nicht noch einmal wiederholen.

Schlußwort

Salzgitter ist mehr als eine Verwaltungseinheit. Salzgitter ist Heimat.

Eine Stadt der Arbeit und des Anpackens, der Familien und der Vereine, der Nachbarschaften und der Verantwortung füreinander. Eine Stadt, die Krisen getragen, Wandel ausgehalten und ihren Stolz nie verloren hat.

Dieses Programm steht für den Willen, Ordnung und Sicherheit wieder selbstverständlich zu machen. Für eine Politik, die schützt statt bevormundet, die aufbaut statt spaltet, die dient statt belehrt. Für eine Stadt, in der Kinder unbeschwert aufwachsen können, Eltern mit Zuversicht in die Zukunft blicken und ältere Menschen in Würde und Sicherheit leben.

Es steht für den Respekt vor Leistung, vor Eigentum, vor dem Ehrenamt und vor denen, die Tag für Tag Verantwortung tragen, in Betrieben, in Pflege, in Schulen, in der Verwaltung und in den Familien. Für eine Stadt, die ihre Identität bewahrt und ihre Zukunft selbst gestaltet.

Salzgitter hat schon vieles überstanden. Es hat bewiesen, dass Zusammenhalt stärker ist als Verunsicherung und Vernunft stärker als Ideologie. Darauf bauen wir auf. Darauf vertrauen wir. Dafür übernehmen wir Verantwortung.

Heimat ist kein leeres Wort. Heimat ist das Versprechen, füreinander einzustehen, heute und für die kommenden Generationen.

Glück auf Salzgitter